

Hildesheimer Str. 20
30169 Hannover

☎ 0511 – 616 211 62

📠 0511 – 616 211 63

e-mail: kontakt@

linksbuendnis-fraktion.region-hannover.de

www.die-linke-regionsfraktion.de

DIE LINKE. Regionsfraktion | Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover

An die
Vertreterinnen und Vertreter
der Presse in der Region Hannover

Hannover, 9. März 2010

Rede des Fraktionsvorsitzenden Jörn Jan Leidecker zum Haushalt der Region Hannover 2010

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Vorsitzender,
Herr Regionspräsident,
meine Damen und Herren,

die Region Hannover wird mit diesem Haushalt von der Krise voll erwischt und aus abstrakten Befürchtungen des letzten Jahres wird handfestes Zahlenmaterial. Es ist ein Blick in den Abgrund:

- 170 Mio. Euro Neuverschuldung,
- ein Kassenkreditrahmen in Höhe von 770 Mio. Euro
- ein Rückgang der Einnahmen aus der Regionsumlage um 12 Prozent

Dieser Haushalt ist eine Bankrotterklärung – und zwar nicht im metaphorischen Sinne. Wir lehnen ihn als unsozial und undurchsichtig ab. Er schafft keine Arbeit sondern vertieft die Schuldenkrise. Die Menschen in unserer Region haben besseres von ihrer Politik verdient.

Meine Damen und Herren,

auch Kommunalpolitik muss in einer solchen Situation eine vernünftige Ursachenforschung und Lagebeurteilung vornehmen und dann die Maßnahmen an dieser Lagebeschreibung ausrichten.

Zunächst einmal ist daher festzustellen, dass die Haushaltsituation in diesem Jahr krisenbedingt ist – die Gesamtsituation der Finanzen jedoch nicht nur durch die Finanzkrise verschuldet ist. Viele Probleme sind hausgemacht, einige vom Bund und Land verursacht.

Viel zu spät hat Rot-Grün sich zu einer Erhöhung der Regionsumlage durchgerungen. Jahrelang haben sie die strukturelle Unterfinanzierung der Region Hannover zugunsten der Landeshauptstadt und der anderen Mitgliedsgemeinden zugelassen. So hat sich ein riesiger Schuldenberg aufgetürmt.

Im Vergleich zur Region Hannover ist Griechenland in den letzten Jahren von einer schwäbischen Hausfrau regiert worden.

Der Bund hat durch seine Finanzpolitik den Kommunen Stück für Stück das Wasser abgegraben. Die Kosten der Unterkunft haben vielen Kommunen enorm geschadet – der Region Hannover besonders.

Das Land hat durch die hannoverfeindliche Ausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs schlimmste Verwüstungen angerichtet. In ganz Niedersachsen sind die Kommunen unterfinanziert. Es kann nicht sein, dass sich die anderen staatlichen Ebenen immer zu Lasten der Städte und Gemeinden sanieren.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat den strukturellen Fehler noch deutlicher offen gelegt, dass die Kommunen übermäßig von der Gewerbesteuer abhängig sind. Die Kommunen tragen somit die volle Last der geplatzten Spekulationsblasen.

Meine Damen und Herren,

man kann es nicht deutlich genug machen: Die Milliarden, die für die Rettung bankrotter Banken ausgegeben wurden, fehlen direkt in der kommunalen Daseinsvorsorge. Sie fehlen für Schulsanierungen, einen gut ausgebauten Nahverkehr und eine vernünftige Umweltpolitik.

Es ist nicht populistisch zu fragen, was wir in der Region nur mit einem Bruchteil der 84 Milliarden Euro hätten machen können, die die Hypo Real Estate geschluckt hat.

Die Krise hat neben vielem anderen eben auch Maßstäbe zerstört. Die Welt ist aus den Fugen geraten und sie wird nicht mehr die gleiche sein. Wie wollen sie denn noch Kürzungen rechtfertigen, wenn auf der anderen Seite in einer Woche Garantien für 470 Milliarden Euro finanziert werden können?

Meine Damen und Herren,

die Krise ist noch nicht vorbei. Sie war kein Ausrutscher und wer geglaubt hat, es würde schnell wieder bergauf gehen, der ist bereits eines Besseren belehrt worden:

Die Wirtschaft stagniert oder wächst nur langsam in Teilbereichen mit angezogener Handbremse. Der Arbeitsmarkt ist zwar nicht abgestürzt aber wir müssen auf längere Zeit mit einer konstant hohen Massenarbeitslosigkeit rechnen.

Auch dieser Haushalt muss sich zu allererst daran messen lassen, ob er Arbeit schafft und soziale Teilhabe sichert und ob er durch eine kluge Umweltpolitik einen Beitrag für eine ökologische Region Hannover leistet.

All dieses leistet dieser Haushalt ungenügend:

- Es gibt keine Ansätze für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor - der auch auf kommunaler Ebene möglich ist
- Sie treten bei der Sicherung der sozialen und kulturellen Teilhabe auf der Stelle
- In der Umwelt- und Altlastenpolitik liegt ein Anno horribilis hinter der Region

Wir werden uns in der Diskussion um die Zukunft der Jobcenter in diesem Jahr noch länger um die Ausrichtung einer kommunalen Beschäftigungspolitik streiten. Wir hätten uns in diesem Feld stärkere Aktivitäten der Region als Gesellschafter der Jobcenter gewünscht. Es hätte durchaus die Möglichkeit gegeben durch eine umfassende Anwendung der Entgeltvariante mehr Menschen in vernünftige Beschäftigung zu bringen.

Darüber hinaus hat Hannover Impuls einfach so weiter gemacht wie bisher. Wir erkennen an, dass mit dem Beteiligungsfonds richtige Ansätze im Sinne unserer Forderung nach einem Region Hannover Fonds gemacht worden sind – aber es ist immer noch zu wenig und viel zu spät.

Außerdem vermissen wir bei Ihnen eine strategische Debatte, wie die Region Hannover ausgerichtet werden soll.

Die hier heute der Versammlung vorgelegten strategischen Ziele sind an Oberflächlichkeit nicht zu überbieten. Sie erinnern eher an einen Powerpoint-Kurs an der Volkshochschule als an eine sinnvolle Debatte, wie in der Region gelebt, gewirtschaftet und gearbeitet werden soll. So wird man nicht Vorbild als die Stadt-Region in Deutschland.

Die wirkliche Dachmarke der Region ist der als Bettvorleger gelandete Tiger.

Meine Damen und Herren,

die Region Hannover braucht ein wirkliches Sozialticket und einen echten Teilhabepass.

Meine Fraktion hat von Anfang an dafür geworben, den Verkehrsbetrieben nach dem Kölner Modell einen pauschalen Ausgleich für einen sozialen Monatstarif im ÖPNV zu geben. Damit würde das Ticket- und Couponchaos, das wir zurzeit haben, abgeschafft.

Die vorläufige Auswertung des S-Tarifs zeigt eindeutig: Nach sieben Tageskarten ist zurzeit Schluss im Monat. Das heißt: über 20 Tage müssen Hartz-IV-Betroffene zu Hause bleiben. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.

Und wir brauchen einen Teilhabepass. Wir werden auch in diesem Jahr den „Region Hannover Pass“ einfordern.

Warum dies notwendig ist, zeigt das Beispiel Zoo:

Sie haben es endlich erreicht: er Zoo Hannover ist europäischer Spitzenreiter bei den Eintrittspreisen von sage und schreibe jetzt 23 € für eine Tageskarte. Wir fordern die Zoo-Sozial-Card für 5 € und freien Eintritt für Regionskinder und Jugendliche bis 16 Jahren. Daher haben wir auch die 3 Mio. € der jährlichen Regionszuwendungen an den Zoo um zunächst mal 1 Mio. € gekürzt, um hier einen Umdenkungsprozess einzuleiten.

Wir freuen uns, dass sich in den Haushaltsberatungen endlich auch Rot-Grün für einen sozialen Zootarif aussprechen. Aber was soll eine ergebnisoffene Prüfung, wenn Sie am Anfang schon ein Ergebnis ausschließen?

Wir befürchten, dass es wie bei allen ihren Gutachten nur um eines geht: Gründe für die Ablehnung zu sammeln. Sie geben ausschließlich Verhinderungsgutachten in Auftrag.

Wenn wir das ganze Geld, das Sie in den vergangenen Jahren in Gutachten gesteckt hätten, in Politik investiert hätten, hätten wir die Sozialtarife doppelt und dreifach finanziert bekommen.

Meine Damen und Herren,

noch ein paar Bemerkungen zur Umweltpolitik und vor allem der Altlastenpolitik:

Wir beraten nachher die Vorlage 88/2010, mit der die Region sich mit maximal 500.000 € an den Sanierungskosten für die privaten Grundstücke am de-Haen-Platz beteiligen und die an dieser Altlast völlig unschuldigen BewohnerInnen auf rd. $\frac{3}{4}$ der Kosten sitzen lassen will.

Hier haben wir konkrete Aufstockungen des Regionsanteils und die Heranziehung weiterer Verantwortlicher eingefordert, was die Rot-Grüne Mehrheit zumindest in den Haushaltsberatungen rigoros ablehnt. Aber vielleicht gelingt ja etliche Tagesordnungspunkte später doch noch ein Gesinnungswandel.

Unser Ziel ist und bleibt eindeutig: Keine Heranziehung der BewohnerInnen, die durch reale Wertverluste von zu 30% aufgrund der Altlast schon genug getroffen sind.

Auch bei einer anderen Altlast tut sich was – wenn auch unter tatkräftiger Mithilfe der Staatsanwaltschaft: Gehrden-Ditterke. Die Grundsatzentscheidung der Region hier endlich aktiv zu werden, ist richtig – und wenn es denn unbedingt Not tut, in diesem speziellen Fall auch aus dem Müllgebührenhaushalt. Für Hausmülldeponien sieht das Niedersächsische Abfallgesetz ja eine solche Möglichkeit vor.

Den Vorschlag der Mövenpickpartei FDP, einen kommunalen Altlastenfond zu errichten, der sich einzig und allein aus den Müllgebühren speist, weitere Verantwortliche wie die Industrie, das Land oder auch die kommunalen Körperschaften, die ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen waren, aber aus der Haftung herausnimmt, lehnen wir entschieden ab.

Meine Damen und Herren,

ich möchte zuletzt auf einen Aspekt dieses Haushaltes zu sprechen kommen, der alle Mitglieder der Versammlung gleichermaßen getroffen hat: Die Doppik.

2006 haben wir alle auf Vorschlag der Regionsverwaltung mehr oder weniger erfreut beschlossen den Haushalt von der Kameralistik auf die Doppik umzustellen und damit im Haushalt 2010 zu beginnen.

Nun, 2010 ist erreicht, doch die wesentlichste Voraussetzung für die Haushaltsumstellung fehlt: Die Eingangsbilanz. Sie soll – so wird uns versprochen – dann Ende des Jahres vorliegen.

Stattdessen bekommen wir einen Haushaltsentwurf 2010 vorgelegt, der an den wesentlichen Positionen Nullstellen aufweist. Selbst bei einem grenzenlosen Vertrauen der Regionsversammlungsmitglieder in die Verwaltung wäre es nicht möglich, unserer ureigensten Verpflichtung als Regionsabgeordnete nachzukommen, einen Haushalt nach verantwortungsvoller Prüfung zu beschließen.

In den Haushaltsberatungen der Fachausschüsse wurden Finanzvorlagen beraten, die nicht konsistent mit dem jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf sind. Darauf haben wir in unserem Haushalts-Vorbereitungs-Gespräch mit Frau Thiel aufmerksam gemacht. D.h., nicht einmal die Fachbereiche und ihre Dezernenten blicken so richtig bei der Doppik durch. Aber wir als Regionsabgeordnete sollen heute über diesen Doppik-Haushalt beschließen.

Noch unverständlicher ist dieser Haushalt für die Bürgerinnen und Bürger, die keinen Zugang zu den Schulungen der Region hatten.

Auch aus dieser Intransparenz ist dieser Haushalt abzulehnen.

Meine Damen und Herren,

vor der Region Hannover liegt ein schwieriges Jahr. Eine Ideenlose Koalition und ein Regionspräsident, der nicht kann wie er will, und nicht will wie er müsste, machen die Lage nicht einfacher.

Für uns ist klar, dass es in diesem Jahr auch darum gehen wird öffentliches Eigentum vor den Privatisierungsfanatikern zu verteidigen.

Ich möchte mir diesen Winter nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn aha kein öffentliches Unternehmen gewesen wäre.

Wir haben ein gutes Klinikum und einen guten ÖPNV und für DIE LINKE steht fest: Es wird mit unseren Stimmen keine Privatisierungen geben.

Lassen Sie mich daher abschließend feststellen:

Gerade in der Krise müsste die Region sozialer, kulturvoller und ökologischer werden. Das ewige „Weiter So!“ ist in Wirklichkeit der Anfang vom Ende des Regionsmodells.

Gerade die Benachteiligten Menschen in der Region hätten mehr verdient!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.